

Ihre Gesprächspartner:innen:

Andreas Stangl

Präsident der AK Oberösterreich

Mag. Dr. Philipp Gerhartinger

Abteilung Wirtschafts-, Sozial und
Gesellschaftspolitik

**Neue JKU-Studie zeigt: Für viele AK-Mitglieder
ist die Energiewende nicht leistbar**

Pressekonferenz

17. Dezember 2025, 10 Uhr

Arbeiterkammer Oberösterreich

Eine aktuelle Studie des Energie-Instituts der Johannes-Kepler-Universität Linz im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich zeigt, dass die Kosten für Heizungstausch, Sanierung und E-Mobilität für viele Haushalte kaum finanziert sind. Hohe Anfangsinvestitionen und unzureichende Förderungen bremsen die Energiewende massiv aus. Die Arbeiterkammer Oberösterreich fordert daher eine sozial treffsichere Förderpolitik und eine Direkt-Abrechnungen der Förderungen mit der ausführenden Firma, damit die Energiewende für alle möglich ist und nicht zum Luxusprojekt wird.

Energiewende soll nicht zur kaum leistbaren Herausforderung werden

Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat beim Energie-Institut an der JKU Linz eine Studie in Auftrag gegeben, die erstmals umfassend zeigt, wie hoch die tatsächlichen Kosten für Heizungstausch, thermische Sanierung und den Umstieg auf E-Mobilität im Eigenheim sind und wie groß die Hürden für viele Haushalte ausfallen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Energiewende für zahlreiche Familien zu einer kaum leistbaren Herausforderung wird. Vor allem die hohen Anfangsinvestitionen stellen das größte Problem dar und sind für viele Menschen kaum oder nur schwer überwindbar.

Soziale Rahmenbedingungen sind unerlässlich

Gleichzeitig zeigt sich, dass es keine einheitlichen Lösungen für alle Haushalte geben kann. Unterschiedliche Wohnsituationen, Gebäudetypen, Eigentumsverhältnisse, regionale Infrastrukturen und Einkommenslagen erfordern differenzierte, kontextbezogene und schrittweise Umrüstungspfade. Die derzeitigen Fördermöglichkeiten sind nicht ausreichend, um die bestehenden Investitionslücken zu schließen und eine Energiewende für alle zu ermöglichen.

Die politischen Rahmenbedingungen sind klar: Der Europäische Grüne Deal verpflichtet die Mitgliedsstaaten zur Dekarbonisierung des Verkehrs- und Gebäudesektors. Oberösterreich ist dabei ein Land der Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer. Rund 60 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leben im Eigentum. Nur ein kleiner Teil der Haushalte kann sich umfassende Sanierungen oder ein neues E-Auto leisten. Die Fördersysteme sind häufig unübersichtlich, kompliziert und decken die tatsächlichen Kosten nur unzureichend ab.

Vorfinanzierung großes Problem in der praktischen Umsetzung

Besonders schwierig ist, dass Förderungen meist erst im Nachhinein ausbezahlt werden, während die Haushalte die hohen Kosten zunächst vorfinanzieren müssen. Aus diesem Grund hat die AK OÖ die Studie beauftragt, um nachvollziehbar zu berechnen, welche finanziellen Belastungen auf typische Arbeitnehmerhaushalte zukommen. Selbst dann, wenn alle bestehenden Förderungen berücksichtigt werden.

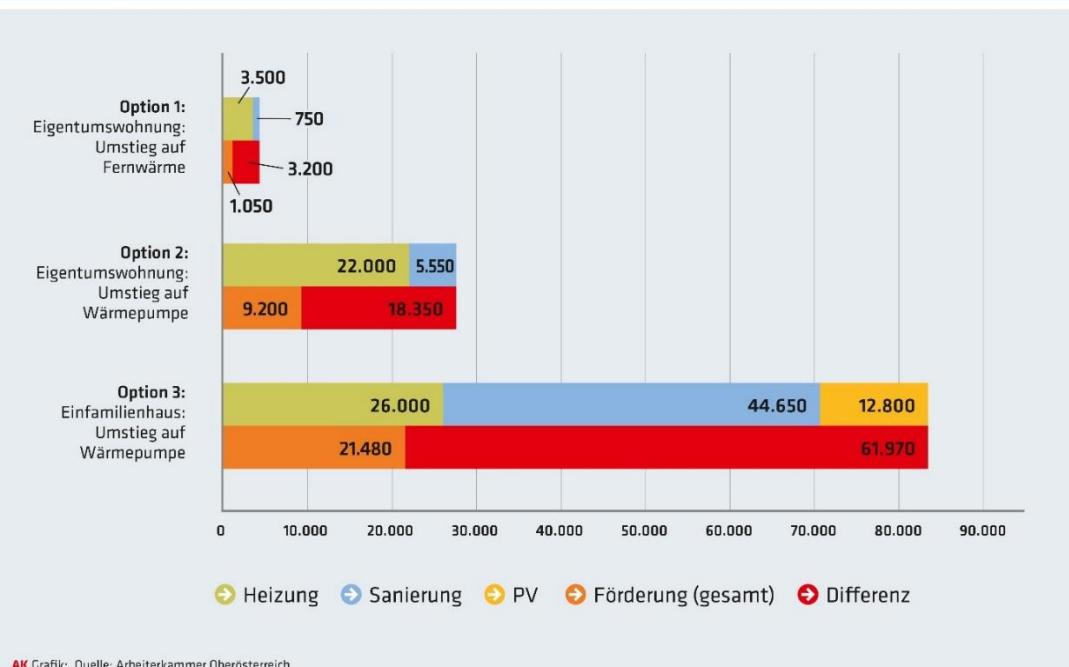
Die Untersuchung zeigt ein deutliches Gefälle nach Gebäudetypus und vorhandener Infrastruktur: Während Eigentumswohnungen mit der Möglichkeit eines Fernwärmeanschlusses in der Regel mit vergleichsweise geringen Investitionen je Wohneinheit auskommen und bereits mit wenigen tausend Euro auf erneuerbare Energie umgerüstet werden können, sind die erforderlichen Beträge bei Einfamilienhäusern ohne vorhandenem Fernwärmennetz wesentlich höher. Wobei die Entscheidung des Fernwärmeanschlusses auch bei Eigentumswohnungen prinzipiell nur in Übereinstimmung mit der Hausgemeinschaft erfolgen kann. Für Wärmepumpenlösungen (Luft-Wasser-Wärmepumpe) fallen meist zwischen 20.000 und 32.000 Euro an, und eine zumindest teilweise Sanierung eines Einfamilienhauses verursacht zusätzliche Kosten im Bereich von 25.000 bis 50.000 Euro (nur Fassadendämmung).

Umstieg für viele nicht leistbar

Auch wenn Förderungen helfen, bleibt die notwendige Eigenleistung für viele Haushalte deutlich im fünfstelligen Bereich (siehe Graphik auf nächster Seite). Haushalte mit höherem Einkommen investieren überwiegend in Optimierungen, da ihre Gebäude bereits gut ausgestattet sind. Die zusätzlichen Ausgaben liegen hier deutlich niedriger und werden oft aus Eigenmitteln finanziert.

Haushalte mit niedrigem Einkommen sind hingegen auf Förderprogramme angewiesen. Ohne entsprechende Programme ist der Umstieg für geringe Einkommen unmöglich, und auch für mittlere Einkommen wird der finanzielle Spielraum zunehmend enger. Die Studie weist darauf hin, dass bestehende Förderlücken einen realen Investitionsstau erzeugen: Die Bereitschaft zur Umrüstung ist vorhanden, die finanziellen Möglichkeiten jedoch nicht.

INVESTITIONEN VS. FÖRDERUNG (IN EURO)



Haushalte in Eigentumswohnungen, mit mittleren Einkommen (vgl. Graphik, Option 1) profitieren besonders von relativ preisgünstigen Fernwärmeanschlüssen und kleineren Sanierungsmaßnahmen, wie zum Beispiel von einem Heizkörpertausch. Die Anfangsausgaben liegen im Durchschnitt bei rund 4.000 Euro. Gibt es keine Möglichkeit für einen Fernwärmeanschluss, empfiehlt das Energieinstitut eine Wärmepumpenlösung, die im Schnitt bei 22.000 Euro Anfangsinvestition liegt. Dafür sind staatliche Förderungen bis zu 9.200 Euro möglich. Die Förderlücke mit zusätzlichen Gebäudesanierungsmaßnahmen von 5.500 Euro liegt dann bei rund 18.300 Euro (vgl. Option 2)

Deutlich höher ist die Förderlücke (62.000 Euro) bei Einfamilienhäusern (siehe Graphik, Option 3). Technisch sinnvoll und empfohlen sind hier ein Heizungstausch auf Wärmepumpe, meist auch umfassende Sanierungen an Fassade, Fenstern, Dach und Photovoltaikanlagen. Die Anfangskosten für das empfohlene Gesamtpaket liegen hier zwischen 83.000 und 97.000 Euro.

Generell zeigt die Analyse, dass zielgerichtete und differenzierte Lösungen notwendig sind. Die Wirtschaftlichkeit von Sanierungen variiert je nach Gebäudetyp stark.

Fassadendämmungen sparen 20 bis 30 Prozent Energie, sind aber teuer (25.000 bis 50.000 Euro). Keller- und Dachbodendämmungen kosten 7.000 bis 12.000 Euro und bringen 5 bis 15 Prozent an Energieeinsparung. Fenstertausch wirkt, lohnt sich ökonomisch aber oft kaum.

Grundsätzlich gilt: Ältere Gebäude profitieren deutlich stärker als bereits gut gedämmte. Auch beim Heizungstausch sind Wärmepumpen und Fernwärme technisch bewährt und reduzieren Emissionen und Betriebskosten deutlich.

Photovoltaikanlagen rechnen sich in den meisten Haushalten bereits nach ein bis eineinhalb Jahrzehnten, während Batteriespeicher bloß bei Anstreben einer hohen Energieautonomie wirtschaftlich sinnvoll sind. Die Amortisationszeiten der verschiedenen Maßnahmen reichen von wenigen Jahren bis hin zu 80 Jahren. Ohne staatliche Zuschüsse verschieben sich die Amortisationszeiten vieler Maßnahmen jedoch massiv nach hinten und machen Investitionen für Haushalte noch unattraktiver.

Besonders gute Förderkombinationen ergeben sich laut Studie bei der Umstellung auf Wärmepumpen oder Fernwärme, kombiniert mit Sanierungsbonus-Maßnahmen am Gebäude. Der Umstieg auf E-Mobilität bleibt trotz Vorteilhaftigkeit für Pendler:innen kostspielig. Ein neues E-Auto, das den Bedürfnissen eines hier analysierten Durchschnittshaushaltes genügt, kostet aktuell rund 42.000 Euro.

AK OÖ fordert neue Förderpolitik und Wohnbonus

Vor diesem Hintergrund fordert die Arbeiterkammer Oberösterreich:

- eine nach Wohnsituation differenzierende Förderpolitik, damit die Energiewende nicht zur sozialen Frage wird. Einkommensabhängige und treffsichere Förderungen sind notwendig, um den finanziellen Abstand zwischen Investitionskosten und tatsächlich leistbaren Eigenmitteln zu schließen. Das betrifft ausdrücklich nicht nur geringe Einkommen, sondern vor allem auch Haushalte mit mittleren Einkommen. Förderlücken sind insbesondere bei älteren Einfamilienhäusern am höchsten und sollten dementsprechend vom Fördersystem adressiert werden.
- Einführung eines „Wohnbonus“ von bis zu 800 Euro pro Jahr als negativsteuerfähigen Absetzbetrag, um Haushalte langfristig zu entlasten.

- die Direktverrechnung von Förderungen mit der ausführenden Firma, damit Familien die hohen Kosten nicht mehr gänzlich vorstrecken müssen.
- der Ausbau der Fernwärme in dicht besiedelten Regionen soll vorrangig behandelt werden, da sie hier oft die kostengünstigste Lösung darstellt.
- Zusätzlich sollen Energieberatungsstellen stärker beworben und ausgebaut werden, damit sie für möglichst viele Haushalte kostenfrei und regional verfügbar sind.

Die Energiewende kann nur dann gelingen, wenn sie sozial fair gestaltet wird. Klimapolitik braucht mehr Realitätssinn, soziale Sensibilität und wirtschaftliche Vernunft. Die Energiewende darf kein Luxusprojekt für wenige sein, sondern muss für alle leistbar gestaltet werden.